

Gesunder Reibach

Apotheker dürfen Krebsmedikamente selbst herstellen. Dabei sollen einige von ihnen falsch abgerechnet haben – Betrug in großem Stil oder nur ein Irrtum?

VON NICOLA KUHRT



Der Mann spricht mit leiser Stimme, bedacht darauf, was er sagt. Was er erzählt, klingt wie der Plot eines Kriminalfilms. Denn er ist Fahnder bei einer deutschen Krankenkasse. Und er berichtet Empörendes: Dass einer der größten Arzneimittelskandale in Deutschland im juristischen Klein-Klein versinke; dass Ermittlungen gegen Bagatelldelikte eingestellt würden. Seinen Namen will der Fahnder lieber nicht nennen. Dafür berichtet er von einem Pharmahändler namens Hans Riedel, der ein echter »Drahtzieher« sei. Der Unternehmer aus Süddeutschland stehe im Verdacht, fragwürdige Geschäfte mit Arzneimitteln zu betreiben. Ständig wechsele er seine Identität, den Dialekt, den Wohnort. Seine Machenschaften verstecke er geschickt hinter einem Konglomerat untereinander verstrickter Firmen. »Medikamentenschmuggel«, sinniert der Fahnder, »ist längst beliebter als Drogenhandel. Die Gewinnspanne ist größer, das Geschäft nicht so schmutzig.«

Bekannt wurden Riedels Geschäfte durch die »Holmsland-Affäre«. Rund 80 deutsche Apotheker

gerieten 2007 ins Visier der Staatsanwaltschaften. Es ging um individuell für Patienten zubereitete Krebsmedikamente, sogenannte Zytostatika. Und den Apothekern wurde Abrechnungsbetrug im großen Stil vorgeworfen.

Rund 300 der 22 000 Apotheken in Deutschland dürfen diese speziellen Krebspräparate herstellen, dazu benötigen sie Reinraumbereiche, geschultes Personal und eine Zertifizierung. Unter sterilen Bedingungen mischen sie das Medikament nach der Anweisung des behandelnden Krebsarztes aus verschiedenen Grundwirkstoffen in einer Kochsalzlösung zusammen, die dann in einem Beutel oder einer Spritze in die Klinik oder die onkologische Praxis geliefert wird. Die Rezeptur richtet sich nach der Art der Chemo- oder Hormontherapie und nach Größe und Gewicht des Patienten. Woher die Zutaten stammen, mit denen die Apotheker arbeiten, ist für Außenstehende kaum ersichtlich. Die für die Mischung verwendeten Ampullen oder Tablettenpackungen bekommt weder der behandelnde Arzt noch der Patient zu sehen.

Diese Intransparenz nutzten einige Apotheker offenbar aus. Die AOK Niedersachsen und die Techniker Krankenkasse (TK) beschuldigten damals knapp ein Viertel der zur Anfertigung solcher Spezialmedikamente berechtigten Apotheker: Sie hätten über mehrere Jahre hinweg in Deutschland nicht zugelassene Krebsmedikamente zu günstigen Preisen über einen Lieferanten Riedels bezogen, diese in Rezepturen für Krebspatienten verarbeitet und gegenüber den Kassen zu den höheren deutschen Preisen der Originalzutaten abgerechnet. Die Emotionen kochten hoch. Apothekerverbände und Politiker erklärten unisono, dies sei nicht nur ein Vergehen gegenüber den Krankenkassen, sondern auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Patienten.

Das ist drei Jahre her. Doch bis heute tobt der Streit um die Affäre. Und noch immer wird heftig um die Grundfrage gerungen: War der Abrechnungsbetrug nur eine Lässlichkeit – oder vielleicht auch eine Straftat?

Damals übernahm die Staatsanwaltschaft Mannheim die Leitung der Ermittlungen. Bundesweit wurden Apotheken gefilzt, Büros und Lager von

Großhändlern untersucht, Staatsanwälte in über 40 Städten – von Leipzig bis Münster, von Hamburg bis München – eingeschaltet. In 73 Fällen wurde schließlich ermittelt.

Ein Schuldspruch erging allerdings erstmals in der vergangenen Woche: Da verhängte das Amtsgericht in Tuttingen gegen einen angestellten Apotheker eine Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen. Der Inhaber der Apotheke ist auf Bewährung zu drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Sonst ist in der Zwischenzeit nicht viel geschehen. Zehn Ermittlungen wurden nach Recherchen der ZEIT gegen Zahlung von einigen Tausend Euro wieder eingestellt, eine Reihe weiterer Ermittlungen laufen noch. Welchen Betrag die Krankenkassen zu viel bezahlt haben, kann bis heute niemand beantworten. Die Techniker Krankenkasse schätzt den finanziellen Schaden auf einen zweistelligen Millionenbetrag.

Warum werden dennoch Ermittlungen eingestellt? In einem Fall meinte der Staatsanwalt, das Verhalten des Apothekers sei »doch nur ein Formfehler« gewe-

Fortsetzung auf S. 38

SEUCHEN

Unterlassene Hilfe

Die Cholera in Haiti ist ein politischer Kollateralschaden

Die Cholera, Sinnbild der Armut und der Zerrüttung eines Landes, verbreitet sich weiter in Haiti. Mehr als 22 000 Menschen mussten bisher in den Krankenhäusern behandelt werden, mindestens 1400 sind gestorben. Spätestens seitdem die Cholera auch in Florida auftauchte, ist die Weltöffentlichkeit alarmiert. Doch der Erreger *Vibrio cholerae* hat in Ländern mit funktionierender Frisch- und Abwasserversorgung wenig Chancen. Das weiß auch die amerikanische Hilfsorganisation Partners in Health (PIH), die seit 20 Jahren der größte Gesundheitsdienstleister in Haiti ist.

Schon vor zwei Jahren verfassten die PIH-Aktivisten an der Harvard University eine deutliche Warnung: Mit Sorge beobachteten sie, lange vor dem verheerenden Erdbeben, dass nördlich der Inselhauptstadt Port-au-Prince Frischwasser fehlt und Seuchen drohen. Was geschah? Die Interamerikanische Entwicklungsbank sagte Millionen für den Aufbau einer Wasserversorgung zu. Fast sah es so aus, als würden Gefahrenanalyse und Aktion in der Entwicklungshilfe endlich einmal problemlos aufeinanderfolgen. Doch PIH und die Haitianer hatten die Rechnung ohne die Politik gemacht. Denn die US-Regierung unter George W. Bush stoppte die Millionenzusage. Sie wollte vor den Wahlen Druck auf die korrupte haitianische Regierung ausüben. Die Folge: Das Frischwassersystem wurde nicht gebaut – und aus ebendieser Region hat sich jetzt die Choleraepidemie verbreitet.

Es ist eine Sache, den Export von Aluminiumröhren nach Iran zu boykottieren, damit dort kein atombombenfähiges Uran angereichert werden kann. Verweigerter Gesundheitshilfe als politisches Druckmittel aber ist eine Verletzung der Menschenrechte. So wird *soft power*, sanfter Druck, in sein zynisches Gegenteil verkehrt.

HARRO ALBRECHT

Friedensfrikadelle

Sehen Männer Pistolen, werden sie aggressiv. Geht es ihnen genauso, wenn sie Fleisch sehen?, fragte sich Frank Kachanoff. Der Psychologe aus Montreal war entschlossen, diese Annahme zu beweisen. Er verdrahtete 82 Probanden und setzte ihnen Fleisch vor – auf Fotos. Doch der

HALB WISSEN Anblick von Steak und Frikadelle hatte unerwartete Ergebnisse: Von steinzeitlichem Jagdfieber keine Spur, die Kerle reagierten sanft wie Lämmer.

Da dämmerte dem Forscher, was falsch gelaufen war. Er hatte den Probanden fertige Gerichte vorgesetzt – und die Vorstellung gemüthlicher Gelage stimmte sie friedlich.

Jeder Karnivore hätte dem Kanadier vorhersagen können, dass nur rohe Muskelbrocken oder flitzende Gazellenschenkel die Hormonausschüttung anwerfen, aber nicht Weichgekochtes, Schlappgegartes. Nun will Kachanoff den Versuch wiederholen. Mit blutigen Jagdbildern.

WILL



Die Körber-Stiftung gratuliert den Preisträgern des Deutschen Studienpreises 2010

»Unsere Gesellschaft ist auf wissenschaftliche Innovationskraft und Expertise angewiesen. Wir brauchen exzellente Wissenschaftler, die ihre Forschungsvorhaben nicht als Selbstzweck, sondern immer auch in ihrer gesellschaftlichen Dimension betrachten.«

Bundestagspräsident **Norbert Lammert**
Schirmherr des Deutschen Studienpreises



Dr. Martin Binder
Erster Preis Sozialwissenschaften



Dr. Angela Kolbe
Erster Preis Geisteswissenschaften



Dr. Hauke Marquardt
Erster Preis Natur- und Technikwissenschaften

Weitere Informationen unter www.studienpreis.de

Deutscher Studienpreis
Der Wettbewerb für junge Forschung